

**Erklärung des Bundesausschusses
der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands
Ludwigshafen, 28. Oktober 2012**



**Europa zukunftsfest machen –
Jetzt Handeln für Solidarität und Gerechtigkeit!**

Ein Europa des sozialen Ausgleichs und der Solidarität rückt mehr und mehr in weite Ferne. Angesichts der Krise nimmt die soziale Spaltung in Europa zu. Die soziale Kluft und Ungleichheit in den Mitgliedsstaaten und in Europa insgesamt wächst. Sowohl in den Ländern, die massiv von der Krise betroffen sind, als auch in denen, die (bisher) weniger krisenanfällig sind, wachsen die sozialen Spannungen bis hin zur Zunahme von offener Gewalt. Die soziale Spaltung droht endgültig zu einer allgegenwärtigen Realität und zum Kennzeichen Europas zu werden. Ein solidarisches Europa rückt in weite Ferne. Europa zerbricht.

Die KAB beurteilt die „Europa-2020-Strategie“ in weiten Teilen kritisch. Selbst angeblich gesetzte Ziele,

- die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Personen um mindestens 20 Millionen zu senken und
 - die Beschäftigtenquote auf 75 Prozent zu erhöhen,
- sind in weite Ferne gerückt.

Hauptgrund hierfür ist die Austeritätspolitik.¹ Sie wird ohne Rücksicht auf die dadurch entstehenden einseitigen und inhumanen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt. Sie nimmt massive Eingriffe in die Rechte arbeitender Menschen, in Einkommen, soziale Sicherheit (Kürzungen der Rente, der Gesundheitsausgaben, der Familienleistungen), Tarifsysteme und öffentliche Güter vor. So bezahlen die Arbeitssuchenden, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Familien den Preis für diese verfehlte Politik, die die Krise verschärft. Es ist ein Skandal, dass die Reichen als Profiteure der Krise reicher und die Armen zahlreicher werden. Eines der größten politischen Versagen besteht in einer völlig unzureichenden Umverteilungspolitik, was zu einer unsolidarischen und ungerechten Lastenverteilung führt.

Eine verfehlte deutsche (Wirtschafts)Politik hat zur Verschärfung der Krise beigetragen und die europäische Vorreiterrolle Deutschlands diskreditiert.

- Durch Lohnzurückhaltung, Lohnsenkungen, Ausbau des Niedriglohnssektors und prekärer Arbeitsverhältnisse, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes und Einschnitte in der sozialen Sicherung hat sich Deutschland Standortvorteile verschafft, die in anderen Ländern zur Zunahme der Arbeitslosigkeit und Armut

führen. Die Handelsbilanzüberschüsse täuschen darüber hinweg, dass diese Politik auf „tönernen Füßen“ steht: Diejenigen, die unsere Dienstleistungen und Produkte kaufen, werden in die Zahlungsunfähigkeit getrieben; die Nachfrage bricht ein. Die deutsche Wirtschaft konnte Exportweltmeister werden, weil andere Staaten dafür Schulden in Kauf genommen haben.

- Die zögerliche deutsche Politik der Krisenbewältigung, etwa durch die kategorische Ablehnung von „Eurobonds“, hat zu einer Verschärfung der Krise geführt. Der Fiskalpakt löst die Probleme in der Eurozone nicht. Er dient dazu Privatisierungen, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen, insgesamt Ausgabenkürzungen politisch zu legitimieren sowie das Sparen als fiskalpolitisches Ziel auf immer festzuschreiben. Nun muss durch den ESM und die EZB² nachgeholt werden, was frühzeitig versäumt wurde, nämlich: Einen europäischen Ausgleich und Verbund zwischen starken und schwachen Staaten zu schaffen und damit den Finanzmärkten die geballte Kraft einer harmonisierten europäischen Politik entgegenzusetzen. Allerdings wird mit dem ESM und dem Fiskalpakt die aus Sicht der katholischen Soziallehre nicht akzeptable neoliberale Wirtschaftspolitik auf Europa ausgedehnt.

Angesichts der Entwicklung in Europa und dieser verfehlten Politik brauchen wir massive soziale und politische Veränderungen, wenn Europa eine Zukunft haben soll.

Die KAB fordert:

- **Schluss mit der Austeritätspolitik**, die Europa kaputt spart, für die sozial benachteiligte Bevölkerung zu einem menschenunwürdigen Leben führt und soziale Unruhen heraufbeschwört! Diese neoliberale Wirtschaftspolitik ist dafür verantwortlich, dass die Europafeindlichkeit auf dem Vormarsch ist und die Vorstellung eines zusammenwachsenden, sozialen und friedlichen Europas zerstört worden ist. Diese Wirtschaftspolitik, die dem entfesselten Kapitalismus und dem gnadenlosen Wettbewerb dient, aber nicht den Menschen, reißt die politischen Bemühungen nieder, die europäische Einigung voranzubringen. Sie macht Europa handlungsunfähig! Wir brauchen eine offensive Arbeitsmarktpolitik, die bestehende Arbeitsplätze sichert und vor allem in den strukturschwachen Regionen in Europa neue menschenwürdige Arbeit schafft.
- Wir brauchen eine **Steigerung der Staatseinkünfte** durch eine stärkere Besteuerung der Reichen, vor allem derjenigen, die die Krise verursacht haben und jetzt (wieder) hohe Profite einstreichen. Dazu muss die Steuerpolitik in Europa und in den europäischen Staaten harmonisiert werden. Ein erster Schritt ist die Einführung einer wirksamen Finanztransaktionssteuer, die die KAB schon seit zwei Jahrzehnten fordert. Hier ist die europäische Politik erfreulicherweise vorangekommen. Hinzukommen muss eine europaweite harmonisierte Mindestbesteuerung von

Unternehmen, von Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträgen. Gerade in der Steuerpolitik brauchen wir mehr Europa statt nationale Kleinstaaterei.

- Zur Krisenbewältigung fällt Wirtschaft und Politik nichts anderes ein als eine **überholte Wachstumsideologie** wiederzubeleben. Die KAB stellt in ihrer „Würzburger Erklärung“ fest: „Wir brauchen ein *neues qualitatives* Wachstumsverständnis im Kontext einer nachhaltig ökologischen Wirtschaft.“ Es muss das wachsen, was den Armen nützt, was die Armut beseitigt. Dazu gehören eine armutsfeste Lebensabsicherung durch ein garantiertes Grundeinkommen, der Ausbau der öffentlichen Infra- und Sozialstruktur – vom öffentlichen Nahverkehr über Schulen bis hin zur Gesundheitsversorgung und die Unterstützung sozialer Netze – sowie eine Arbeitsmarktpolitik, die die zunehmende Massenarbeitslosigkeit in Europa bekämpft.
- Notwendig ist eine **stärkere Regulierung und Beschneidung der Finanzmärkte** mit dem Ziel, diese vorrangig auf ihre eigentliche Funktion als Geldgeber für Unternehmen einzuschränken. Zwar sind in diesem Bereich begrüßenswerte Fortschritte in Europa zu verzeichnen (Aufbau der EFSF³, die Regulierung von Hedgefonds durch die AIFM-Richtlinie⁴ etc.) aber dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden, indem Schattenbanken verboten, die Eigenkapitalquote der Banken deutlich erhöht, vagabundierendes Kapital auf einer zu schaffenden, gesetzlichen Grundlage „abgeschöpft“ wird. Nicht zuletzt ist die Macht der Ratingagenturen zu brechen, die als reine Profitunternehmen keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, aber über das Wohl und Wehe ganzer Staaten entscheiden.
- Die dringende **Reform des Bankenwesens** muss nun mit aller Entschiedenheit – auch gegen die Macht der Lobbyisten des Finanzwesens – vorangetrieben werden. Die Kontrolle der Banken bedarf einer europaweiten Verschärfung. Die deutsche Blockadepolitik muss umgehend aufgegeben werden, um eine wirksame Bankenaufsicht auf den Weg zu bringen. Die KAB setzt sich für eine unabhängige europäische Behörde unter Gesetzgebung und Aufsicht des Europäischen Parlaments ein, denn eine wie auch immer geartete Ansiedelung bei der EZB führt zu unlösbaren Interessenkonflikten. Zudem hält sie die Unterscheidung von systemrelevanten Banken, die der europäischen Aufsicht unterstellt werden, und nicht-systemrelevanten Banken, die (weiterhin) der Aufsicht der einzelnen Länder unterliegen sollen, für nicht sachgerecht. Darüber hinaus muss eine strikte Trennung zwischen Kredit- und Investmentbanken erfolgen. Investments sind zu 100 Prozent durch Eigenkapital abzusichern. Kreditbanken sind vorrangig öffentlich oder genossenschaftlich zu organisieren, damit sie einer demokratischen Kontrolle unterliegen.

In Europa bedarf es einer tiefgreifenden Reform der Strukturen und Verträge. Eine Reform muss einen neuen Sozialpakt für Europa beinhalten sowie die Demokratisierung der Europäischen Institutionen und Entscheidungsprozesse. Die

Einberufung eines europäischen Konvents ist dringend erforderlich. Das Europäische Sozialmodell auf der Grundlage der Europäischen Sozialcharta muss zur maßgeblichen Grundlage zukünftiger Politik und Krisenbewältigung werden, damit die sozialen Rechte der Menschen nicht auf der Strecke bleiben. Dazu ist es auch notwendig, die wirtschaftspolitischen und –wirtschaftstheoretischen Grundannahmen mit dem Ziel zu verändern, dass Reiche nicht immer reicher und Arme nicht immer ärmer werden. **Nur ein soziales und gerechtes Europa ist zukunftsfähig und die Antwort auf die Krise!**

Anmerkungen

¹ Unter Austeritätspolitik verstehen wir einerseits eine Sparpolitik, die den öffentlichen und privaten Haushalten eine strenge Sparpolitik auferlegt, andererseits tiefe politische und rechtliche Eingriffe in die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in die soziale Sicherung und die soziale Infrastruktur einer Gesellschaft bedeutet.

² Mit „ESM“ wird der Europäische Stabilitätsmechanismus abgekürzt. Der ESM ist eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. Der ESM ist Teil des „Euro-Rettungsschirms“ und wird die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen. „EZB“ bezeichnet als Abkürzung die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie ist ein Organ der Europäischen Union. Vgl.

http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Stabilit%C3%A4tsmechanismus;

http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Zentralbank (eingesehen 30.10.2012)

³ Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF, englisch European Financial Stability Facility) ist eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht mit Sitz in Luxemburg und dient als provisorischer vorläufiger Stabilisierungsmechanismus. Sie soll im Juni 2013 auslaufen. Bis dahin wird die EFSF parallel zu dem als Nachfolger geplanten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aktiv sein.

⁴ Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise hat die europäische Kommission versucht, alle Akteure und Tätigkeiten, die erheblichen Risiken unterliegen, einer angemessenen Regulierung zu unterwerfen. Hierzu dient die „Alternativer-Investmentfonds-Manager“- (AIFM) Richtlinie, die endgültig am 11. November 2010 im europäischen Parlament verabschiedet wurde. Ausführliche Informationen unter <http://www.aifm.de/startseite.html>.